1 **Antrag Nr.**
2 **Antrag zur AfA Bezirkskonferenz 2018**

3 **Antragsteller: AfA-OL-Stadt**

5 **ANHEBUNG DER HARTZ-IV-REGELSÄTZE (ALG**
6 **II)**

7
8 Die sogenannten Hartz-IV-Regelsätze – gemäß SGB II – sol-
9 len den Menschen eine finanzielle Grundsicherung gewähren,
10 die es erlaubt, am sozialen und kulturellen Leben teilzuhaben.
11 Das Bundesverfassungsgericht hat in Urteilen in den Jahren
12 2010 und 2014 entsprechende Vorgaben gemacht. Alle Wohl-
13 fahrtsverbände haben dazu detaillierte fachliche Stellungnah-
14 men abgegeben. Danach ist für einen Ein-Personen-Haushalt
15 eine Erhöhung des Regelsatzes von jetzt 409,00 € auf 550,00
16 € zu fordern. Alle weiteren Regelsätze – z. B. für Familien –
17 sind entsprechend zu erhöhen.

18
19 Die als Regelbedarf ausgewiesenen Anteile der Sätze, insbe-
20 sondere für Strom und Verkehr, sind mit Beträgen, die den re-
21 alen Verhältnissen entsprechen, im erhöhten Regelsatz ent-
22 halten.

23
24 Wir stellen fest, dass Anschaffungskosten für jedwede Haus-
25 haltsgegenstände nicht durch den erhöhten Regelsatz gedeckt
26 sind. Die für Bildung zusätzlich zu den Regelsätzen vorgese-
27 henen Leistungen (BUT) sind kostendeckend zu gestalten.

28
29 Nach Bezug des ALG I ist ein Überbrückungsgeld zu gewäh-
30 ren, soweit ein kurzzeitiges sozialversicherungspflichtiges Be-
31 schäftigungsverhältnis während dieses Zeitraums bestand.

32
33 Mit der konkreten Umsetzung der genannten Forderungen
34 wird dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit näher gekommen.

35
36
37 Begründung:

38
39 Zur Begründung wird auf die Stellungnahme der Diakonie
40 Deutschland zum Referentenentwurf des BamS zum Gesetz-
41 entwurf zur Ermittlung von Regelbedarfen (vom 15.09.2016)
42 verwiesen.

43
44 Die Regelsätze bilden nicht die wahren Bedarfe ab. Klar be-
45 legt wird dies durch die Ausführungen unter HartzIV.org. (letz-
46 te Aktualisierung 22.09.2017).

Bemerkungen:

48 Laut Urteil des BVerfG von 09.10.2010 sind bei Ermittlung des
49 Regelbedarfs die Preisentwicklung sowie die Löhne maßgeb-
50 lich. Allerdings fingen die bisher jeweils erfolgten Erhöhungen
51 der Bedarfe nicht die tatsächlichen Preissteigerungen auf.

52

53 Beispiele für völlig unzureichende Bedarfsansetzungen unter
54 Verkennung der fortlaufenden Preissteigerungen sind u. a.
55 Strom und Bildung.

56

57 **Weiterleitung:** An AfA-Bundeskonzferenz